

LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN,



Ich möchte die erste „Vorwärts“-Ausgabe in 2012 nutzen, um euch allen ein gutes, erfolgreiches und gesundes Jahr zu wünschen. Eine soziale und gerechte Politik für die Menschen in unserem Land – das bleibt auch 2012 die Richtschnur der SPD-geführten Landesregierung. Unsere Partei tritt in NRW geschlossen und schlagkräftig auf. Wir haben die richtigen inhaltlichen Schwerpunkte und ein festes Wertegerüst. Die gute Zusammenarbeit von Rot-Grün in NRW geht weiter. Wir haben einen Plan für dieses Land und setzen unseren Koalitionsvertrag Stück für Stück um.

Ein zentrales Anliegen sind und bleiben dabei die Investitionen in eine gute Zukunft unserer Kinder. Wir haben gemeinsam mit der Bertelsmann-Stiftung im November letzten Jahres das Modellprojekt „Kein Kind zurücklassen – Kommunen in NRW beugen vor“ gestartet. 52 Städte und Gemeinden aus ganz NRW haben sich für die Teilnahme beworben. 15 von ihnen werden wir nun für das Projekt auswählen. Gemeinsam mit unserem wissenschaftlichen Partner werden wir diese Modell-Kommunen intensiv begleiten. Ich bin sicher: Die gesammelten Erfahrungen unseres Modellprojekts werden allen Menschen in unserem Land zugutekommen. Denn präventive Politik zahlt sich aus. Wir investieren jetzt in Kinder, Bildung und Familien, um spätere Reparaturkosten zu reduzieren. Dafür steht die SPD.

Auch bei der Haushaltskonsolidierung bleiben wir weiter auf Kurs. Die Landesregierung wird 2012 die Neuverschuldung erneut senken. Wir bleiben damit unter der Neuverschuldungsgrenze und gehen mit dem Haushalt 2012 den Weg weiter, den wir 2011 begonnen haben. Wir bleiben bei dem Dreiklang aus Einsparungen, Einnahmeverbesserungen

und gezielten Investitionen. Der Haushaltsabschluss des vergangenen Jahres wird deutlich machen, dass wir eisern sparen und die Steuermehreinnahmen in die Absenkung der Neuverschuldung stecken. Diesen Weg der strengen Haushaltskonsolidierung wollen wir auch im Jahr 2012 kontinuierlich weitergehen und alle Spielräume für Einsparungen nutzen, aber ohne das Land dabei kaputtzusparen. 2017 kann die Neuverschuldung unter 2 Milliarden Euro liegen. Damit zeichnen wir einen klaren Pfad vor. 2020 wollen wir ohne neue Schulden auskommen. Das ist unser gemeinsames Ziel.

Wir haben uns für dieses Jahr auch in weiteren wichtigen Bereichen eine Menge vorgenommen. Nordrhein-Westfalen will seine führende Position als Energie- und Industrieland Nummer Eins festigen und verteidigen und die Chancen der Energiewende konsequent nutzen. Dabei sind Politik und Wirtschaft gleichermaßen gefordert. Wir wollen eine sichere Energieversorgung zu bezahlbaren Preisen für die Wirtschaft, aber auch für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land. Wir werden aufholen, was den Ausbau der U3-Plätze bei der Kinderbetreuung angeht. Unser Ziel ist es, bis zum nächsten Jahr 44.000 zusätzliche Plätze zur Verfügung zu stellen. Wir werden das erste Flächenland in Deutschland mit einem eigenen Integrationsgesetz sein. Und wir werden weiter kommen müssen im Bereich der Inklusion, konkret bei der Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention. Dies ist ein zentrales Projekt für die behinderten Bürgerinnen und Bürger und ihre Familien in unserem Land. Insbesondere den Kindern wollen wir eine gleichberechtigte Teilhabe in der Schule ermöglichen. Viele Eltern und Kinder warten darauf, dass wir hier gemeinsam in ihrem Interesse handeln.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten haben gute Gründe, zuversichtlich nach vorn zu schauen. Die SPD kämpft im Bund und im Land für mehr soziale Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft. Wir machen sozialdemokratische Politik mit Begeisterung und Leidenschaft und das spüren die Menschen in Nordrhein-Westfalen. Ich setze auch in diesem Jahr auf euren Einsatz, eure Unterstützung und darauf, dieses Land mit euch gemeinsam jeden Tag ein bisschen stärker, sozialer und gerechter zu machen.

Eure Hannelore



POLITISCHER ASCHERMITTWOCH AM 22.02.2012 IN SCHWERTE

Bereits zum 20. Mal feiert die SPD in Nordrhein-Westfalen mit dem Politischen Aschermittwoch der SPD-Region Westliches Westfalen ihre zentrale Aschermittwochsveranstaltung im Schwerter Freischütz. In diesem Jahr freuen wir uns darauf, Hannelore Kraft (Landesvorsitzende der NRWSPD), Martin Schulz (Präsident des Europäischen Parlamentes) und Norbert Römer (Vorsitzender der SPD-Region Westliches Westfalen) als RednerInnen begrüßen zu dürfen.

Rahmenprogramm: Pilsspicker Jazzband
Mittwoch, 22. Februar 2012, 18 Uhr (Einlass ab 17 Uhr)
Waldrestaurant „Freischütz“, Hörder Straße 131, 58239 Schwerte

Eintrittskarten sind zum Preis von 5,- Euro im Vorverkauf in allen SPD-Unterbezirkbüros im Westlichen Westfalen und im Büro der Region erhältlich.

Nähere Auskünfte:
SPD-Region Westliches Westfalen, Sigrid Schneider
Brüderweg 10-12, 44135 Dortmund
Telefon: 0231- 57702-60, E-Mail: region-westliches-westfalen@spd.de

„MIT LEIDENSCHAFT DIE INTERESSEN DER MENSCHEN VERTRETEN.“

INTERVIEW MIT MARTIN SCHULZ, PRÄSIDENT DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTES



Ein Nordrhein-Westfale als einer der ranghöchsten Europäer – hättest Du Dir das damals vorstellen können, als Du Bürgermeister in Würselen bei Aachen wurdest? In dem Drei-Länder-Eck, aus dem ich komme, sind wir immer europäisch gewesen. Wie alle Leute aus unserer Region fuhr ich schon als Kind mit meinen Eltern häufig über die Grenze, um unsere

Familie zu besuchen. Als Bürgermeister habe ich dann sehr schnell zu einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit meinen niederländischen und belgischen Kollegen gefunden. So konnten wir sehr unbürokratisch viele Erleichterungen im „kleinen Grenzverkehr“ erreichen, noch bevor es die Öffnung der Grenzen innerhalb der EU gab. Aber die unglaublichen Fortschritte, die wir bei der europäischen Zusammenarbeit in den letzten 30 Jahren erreicht haben, hatte ich zwar erhofft – das ich aber selbst als Personen einen Beitrag dazu leisten würde, hätte ich damals nicht für möglich gehalten. Ich war gerne Bürgermeister und habe auch meinen damaligen Beruf als Buchhändler mit Leidenschaft ausgeübt.

Gibt es Erfahrungen des Bürgermeisters Schulz, die jetzt im neuen Amt nützlich sein werden? Als direkt gewählter Politiker habe ich die Interessen der Menschen zu vertreten. Das ist meine Priorität. Dafür bin ich gewählt worden. Es geht um die Sicherung von Jobs, um gesunde Lebensmittel, um die Bewahrung des sozialen Friedens in unserem Land und in Europa, um die Verteidigung von Freiheitsrechten, um Kooperation mit unseren Nachbarn und um vieles andere mehr. Darum muss Politik sich kümmern. Ich will, dass dabei das Europäische Parlament der Ort ist, an dem für die Bürger sichtbar diskutiert und entschieden wird, in welche Richtung Europa geht. Ich habe mich dabei immer an dem Satz von Johannes Rau „Das Ideal meiner Politik ist es, das Leben der Menschen im Laufe der Jahre ein Stückchen menschlicher zu machen.“ orientiert – als Bürgermeister genauso wie als Europaabgeordneter.

Welche Rolle können Regionen wie NRW überhaupt in einer riesigen EU spielen? Regionen sind entscheidend. Denn Region bedeutet Heimat. Ich bin Würselener, Rheinländer, Nordrhein-Westfale, Deutscher und Europäer zugleich. Das ist alles gleichzeitig da. Deshalb kann die EU nur

erfolgreich sein, wenn sie sich bei allen Entscheidungen auch an den regionalen Bedürfnissen orientiert. Und gleichzeitig ist klar: Im weltweiten Wettbewerb mit den USA, mit China und Indien werden wir nur eine Chance haben, wenn wir europaweit zusammenarbeiten und wenn wir uns nicht in unsere Einzelteile zerlegen. Nur dann werden wir im 21. Jahrhundert unseren Lebensstandard halten können. Ich freue mich jedenfalls darauf, weiterhin mit Hannelore Kraft eng zusammenzuarbeiten. Denn NRW ist eine der wirtschaftsstärksten Regionen in Europa. Nicht nur die Herzkammer der Sozialdemokratie, sondern auch die Herzkammer Europas! Deshalb habe ich nicht nur qua Geburt, sondern auch qua Amt ein besonderes Augenmerk auf unsere Heimatregion zu legen. Darauf freue ich mich.

Da Du ja als Präsident den sozialdemokratischen Fraktionsvorstand im Parlament verlassen musstest: gibt es noch einen Deutschen im Fraktionsvorstand? Klar. Mit Bernhard Rapkay ist NRW wieder in die engste Fraktionsführung integriert. Mit unseren Europaabgeordneten sind wir in Brüssel gut aufgestellt. ■

WOHIN STEUERT EUROPA? EIN BEITRAG DER SPD-GRUPPE IM EUROPÄISCHEN PARLAMENT

Als Präsident des Europäischen Parlamentes fordert Martin Schulz mehr Kompetenzen, mehr Mitspracherechte für das Europäische Parlament. Und das ist dringend notwendig!

Seit Monaten treffen sich die Mitgliedstaaten im Rat, um Lösungen für die Finanzmarktkrise und die Schuldenkrise zu finden. Es geht um die Rettung von Banken und um den Euro. Beteiligt im Rat werden Regierungen, Kommission, Finanzexperten – nur das Parlament als direkte Interessenvertretung der 500 Millionen europäischen Bürgerinnen und Bürger bleibt außen vor. Und zunehmend haben die Menschen den Eindruck, dass ihre Interessen unbeachtet bleiben:



Perspektiven für junge Menschen, gute und gut bezahlte Arbeit, Bürgerrechte etwa beim Datenschutz, eine nachhaltige Energie- und Industriepolitik, Verbraucherrechte und gesunde Lebensmittel. Das sind die wichtigen Zukunftsdebatten.

Nicht nur in Ungarn – Populisten und Rechtskonservative in allen Staaten der Europäischen Union stellen sich diesen Herausforderungen nicht, sondern schüren latente Ängste. Ihre Lösung ist klar: sie liegt im Nationalstaat und beim Verzicht auf Rechte.

Falsch. Europa ist nicht das Problem – Europa ist die Lösung! Im globalen Wettbewerb politischer, sozialer und wirtschaftlicher Systeme können wir nur gemeinsam in der EU bestehen. Vieles wurde erreicht: Frieden, Reisefreiheit, Umweltstandards, Verbraucherrechte, mehr erneuerbare Energie, Arbeitssicherheit und vieles mehr. Nicht immer war es einfach, gemeinsame Wege zu finden. Doch letztlich zählte das Vertrauen auf ein gemeinsames demokratisches Wertegerüst.

Diese Gewissheit gerät ins Wanken, wenn Debatten sich scheinbar nur noch um Geld, Banken und Sparpolitik drehen und befürchtet wird, dass soziale Sicherheiten sowie bürgerliche Freiheiten eingeschränkt werden könnten.

Den Primat der Politik zurückgewinnen, den Interessen der Menschen eine starke Stimme zu geben, dazu brauchen wir ein gestärktes Europäisches Parlament, dazu brauchen wir offene und öffentliche Debatten über Zukunftsperspektiven. Darüber werden wir an dieser Stelle künftig regelmäßig berichten. ■

Unsere SPD-Abgeordneten im Europäischen Parlament

„NACH DEM TERROR IST VOR DEM TERROR?“

RECHTSEXTREMISMUS ALS PERMANENTE HERAUSFORDERUNG FÜR DIE DEMOKRATIE

Das aktuelle Entsetzen über die neue Qualität der rechtsextremistisch motivierten Mordserie des sog. „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) hat sich (bisher) nicht in eine neue Qualität des nachhaltigen Handelns in Gesellschaft, Politik und Verwaltung transformiert. Gerade deshalb ist es angezeigt, den Rechtsextremismus als permanente Herausforderung für die Demokratie noch einmal zu skizzieren.

Am Anfang des 21. Jahrhunderts gehört Rechtsextremismus zur Normalität fast aller westlichen Demokratien. Dies gilt auch für Deutschland. Im Jahr 22 der deutschen Einheit sind erhebliche Verschleißerscheinungen der repräsentativen Demokratie festzustellen. Vor diesem Hintergrund verbreitern und intensivieren sich demokratiefeindliche Diskurse in der Gesellschaft. Dabei stehen die Ethnisierung gesellschaftlicher Verhältnisse, also die Verknüpfung gefühlter Missstände mit bestimmten ethnischen Gruppen, denen negative Eigenschaften zugeschrieben werden, und Absagen an die Menschenrechte im Mittelpunkt. Teilweise ist eine Kontrastgesellschaft entstanden, die sich einer demokratischen Bindung verschließt.

Es gibt gegenwärtig in Deutschland eine vitale rechtsextremistische soziale Bewegung. Während diese Bewegung relativ homogene Ideologiemuster und Feindbilder aufweist, ist sie in ihren Strukturen und Strategien immer noch eher heterogen. Als kollektives Deutungsmuster der Akteure fungieren vor allem Ideologiefragmente des völkischen Nationalismus, die Ethnisierung sozialer Fragen und ein rigider Antikapitalismus (völkisch gewendet als „nationaler Sozialismus“). Es bildet sich eine stark mit sich selbst befasste Bewegung, die oft durch eine fundamentaloppositionelle

Lagermentalität und eine hermetisch geschlossene ideologische Parallelwelt gekennzeichnet ist. Rechtsextremisten sind gegenwärtig keine ernste Gefahr für die Institution der parlamentarischen Demokratie: Die Machtübernahme steht nicht bevor! Dessen ungeachtet ist die rechtsextremistische Bewegung jedoch sehr wohl in der Lage, einen Teil der öffentlichen Meinung in ihrem Sinne zu beeinflussen. Des Weiteren sind Rechtsextremisten eine ernste Gefahr für die freiheitliche Gesellschaft durch die direkte oder indirekte Androhung oder sogar Anwendung von Gewalt, die rechtsextremistischer Ideologie grundsätzlich inhärent ist, wenn diese zu Ende gedacht wird. Die NSU-Morde bilden hier nur die Spitze des Eisbergs.

Eine gelingende Praxis zur Eindämmung des Rechtsextremismus muss eine konsequente strafandrohende und -vollstreckende Komponente für den harten Kern der Aktivisten enthalten. Sie kann jedoch nicht allein repressiv oder auf die Bekämpfung seiner Organisationen reduziert werden, sondern muss vor allem auf die Stärkung einer nachhaltigen demokratischen Kultur konzentriert sein. Wie die Einstellungsforschung zeigt, nimmt die Zustimmung zu rechtsextremistischen bzw. menschenfeindlichen Denkmustern mit zunehmendem Grad der Bildung ab. Vor diesem Hintergrund ist es erstaunlich, dass es an deutschen Schulen noch kein Regelfach Demokratieerziehung gibt, wo jungen Menschen Theorie und Praxis der liberalen Demokratie – als auch Ideologien und Strategien ihrer Feinde – vermittelt werden. Politische Bildung im Sinne von Extremismusprävention und -bekämpfung muss ein permanenter demokratiebegleitender Prozess sein, damit nach dem Terror nicht vor dem Terror ist. ■

Dr. Thomas Grumke



Thomas Grumke, wissenschaftl. Referent in der Abteilung Verfassungsschutz des Ministeriums für Inneres und Kommunales NRW

**DIE NRWSPD
GRATULIERT
IM FEBRUAR ...**

... ZUM GEBURTSTAG

- 102 Jahre:** Else Hanisch
- 100 Jahre:** Anny Leitsch
- 98 Jahre:** Elisabeth Molle
Max Puhlmann
- 97 Jahre:** Siegfried Dietrich
Margarete Frage
- 96 Jahre:** Ernst Heiner
Konrad Wisch
Emilie Zimpel
- 95 Jahre:** Anna Blume
Emil Janke
Gerhard Nowak

**... ZUR LANGJÄHRIGEN
MITGLIEDSCHAFT**

- 65 Jahre:** Lothar Bendzulla
Reimunde Heidbrink
Elisabeth Simons
- 60 Jahre:** Ernst Nippel
Hans Urbaniak
- 55 Jahre:** Adolf Bausch
Manfred Hübner
Sonja Josefiak
Günter Kösling
Annette Preuß
Reinhard Schöppenthau
- 50 Jahre:** Egon Bernhards
Heinz Duchardt
Heinz Kaufmann
Klaus Kollmeier
Manfred Kopke
Reinhard Oberhaus
Herbert Preisling
Jens-Eric Scheele
Dieter Schlensoog
Günther Stephan
Arnold Strohmeier

WILHELM-DRÖSCHER-PREIS: ZWEI PREISTRÄGER AUS NRW



So sehen Sieger aus: Die Preisträger aus Kleve (l.) und Witten.

In der aktuellen Runde gingen gleich zwei Preise des Wilhelm-Dröschers an Projekte aus Nordrhein-Westfalen.

Der SPD-Unterbezirk Kreis Kleve machte mit seinem Projekt „Starke Basis“ den zweiten Platz und erhielt 1500 Euro Preisgeld. Wie der Name schon sagt, befasste sich das Projekt mit Verbesserungen der Grundstruktur und der Organisation des Unterbezirks. Diesen „Umbau“ stellten die Genossinnen und Genossen im Rahmen der Ausstellung beim SPD-Parteitag in Berlin in Form einer Baustelle dar.

Die Jusos Witten und die AGS Ennepe-Ruhr erreichten mit ihrem Projekt „Packs an 2011! – Last-Minute-Ausbildungsplatzbörse“ den dritten Platz und somit 1000 Euro Preisgeld. Dieses Projekt gibt es bereits seit

2007. Jugendliche haben hier die Chance, sich über noch freie Stellen in der Region zu informieren. Neben dem Training von Bewerbungsgesprächen können auch kostenlose Bewerbungsfotos gemacht und Gespräche mit Mitarbeitern des JobCenters geführt werden.

Der Wilhelm-Dröschers-Preis ehrt seit 1982 Initiativen, die zur Weiterentwicklung einer in Frieden lebenden sozialgerechten und freiheitlichen Gesellschaft beitragen. ■

ABWAHL VON DUISBURGS OBERBÜRGERMEISTER SAUERLAND



Am 12. Februar 2012 können alle wahlberechtigten Duisburger Bürgerinnen und Bürger von 8 bis 18 Uhr im ihrem Wahllokal Oberbürgermeister Adolf Sauerland abwählen. Wahlberechtigt sind alle EU-BürgerInnen ab 16. Wahllokale wird es in den Stadtteilen geben. Auch die Beteiligung per Briefwahl ist möglich. Mehr Infos unter: www.duisburger-buendnis-abwahl.de. ■

ORDENTLICHER LANDESPARTEITAG DER NRWSPD

Gemäß § 5 der Landessatzung wird hiermit der ordentliche Landesparteitag der NRWSPD für Samstag, den 12. Mai 2012 in die Stadthalle/Ausstellungshalle Bielefeld, Willy-Brandt-Platz 1, 33602 Bielefeld einberufen.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER: Bernd Neuendorf, SPD-Landesverband NRW, Kavalleriestraße 16, 40213 Düsseldorf | **REDAKTION:** Christian Obrok | **E-MAIL:** vorwaerts@nrwspd.de | **INTERNET:** www.nrwspd.de



SEIT 50 JAHREN KASSIERER IM ORTSVEREIN

EINE BESONDERE EHRUNG FÜR HORST-WERNER KILIAN

Im Jahr 1958 ist er in die SPD eingetreten und der Partei seitdem treu geblieben. Geehrt wurde Horst-Werner Kilian nun aber für sein herausragendes Engagement rund um die Finanzen des OV Volmarstein im Ennepe-Ruhr-Kreis. Seit mittlerweile 50 (in Worten: FÜNFZIG) Jahren ist Horst-Werner nun Kassierer seines Ortsvereins und sorgt dort für Ordnung bei der Kassenführung. Zu den zahlreichen Gratulantinnen und Gratulanten gehörte auch Ralf Jäger, Minister für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen. Wir sagen: Herzlichen Glückwunsch! ■

Innenminister Ralf Jäger (l.) und Ulrich Schmidt (r.), Vorsitzender des OV Volmarstein, gratulierten Horst-Werner Kilian.